

**70/AB**  
**vom 20.12.2019 zu 60/J (XXVII. GP)**  
 **Bundesministerium**  
 Europa, Integration  
 und Äußeres

[bmeia.gv.at](http://bmeia.gv.at)

Bundesminister für Europa,  
 Integration und Äußeres

**Mag. Alexander Schallenberg**  
 Bundesminister

Minoritenplatz 8, 1010 Wien, Österreich

Herrn  
 Mag. Wolfgang Sobotka  
 Präsident des Nationalrates  
 Parlament  
 1017 Wien

Geschäftszahl: BMEIA-AT.90.13.03/0127-II.4/2019

Wien, am 19. Dezember 2019

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Peter Wurm, Kolleginnen und Kollegen haben am 13. November 2019 unter der **ZI. 60/J-NR/2019** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "aktueller Status der Gespräche zur Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler" gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 bis 6:**

- *Wann und wo haben die Gespräche zum Thema „Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler“ stattgefunden?*
- *Was war der genaue Inhalt der Gespräche?*
- *Wer hat an den Gesprächen teilgenommen?*
- *Welche Probleme bzw. Fortschritte haben sich in den Gesprächen ergeben?*
- *Welches Ergebnis konnte am Ende der Gespräche festgestellt werden?*
- *Welche weiteren Schritte sind nun geplant?*

Gespräche zum Thema Doppelstaatsbürgerschaft werden mit der italienischen Seite laufend auf Ebene der Minister, der Botschafter sowie auf Fachebene geführt. Die italienische Seite hat

dabei ein Angebot der österreichischen Staatsbürgerschaft an Südtirolerinnen und Südtiroler unter Einräumung der Möglichkeit, die italienische Staatsangehörigkeit beizubehalten („Doppelstaatsbürgerschaft“), wiederholt grundsätzlich abgelehnt.

Die Ermöglichung der Doppelstaatsbürgerschaft für Südtirolerinnen und Südtiroler war ein Vorhaben der vormaligen Bundesregierung, zu dem allerdings keine Beschlüsse gefasst wurden. Für mich als nach der Wahl zum österreichischen Nationalrat am 29. September 2019 mit der Fortführung der Geschäfte betrauten Bundesminister ist es nicht geboten, weitere Schritte bzw. neue gesetzliche Maßnahmen zu planen.

Mag. Alexander Schallenberg

